

Ich gestehe: Ich gehöre zu dem großen Teil der Bevölkerung, der den Weiterbau der A100 ablehnt. Ich gehöre zu den Vielen, die dieser Haltung mit Taten Nachdruck verliehen haben. Ich gehöre zu den Zahlreichen, die an der über einjährigen Besetzung der geplanten Trasse, deren Räumung hier verhandelt wird, mitgewirkt haben.

Die A100 steht für die Vernichtung von Stadtgrün und Wohnraum. Ihr fallen Brachflächen und Straßenbäume, hunderte Kleingartenparzellen und die Wohnhäuser Beermannstraße 20 und 22 mit knapp einhundert Wohnungen zum Opfer. Mitten in der grasierenden Wohnungsnot. In einer Zeit in der für die einkommensschwächeren Teile der Bevölkerung, zu der auch meine Wenigkeit zählt, nicht nur nicht mehr gebaut wird, sondern sie zunehmend an den Rand der Stadt oder gleich auf die Straße verdrängt werden. Und wie sich Verdrängung anfühlt, das konnten die Menschen in der Beermannstraße live erleben. Da kam dann schonmal der Bautrupps und hat im Hof randaliert, wenn die völlig mangelhaften Ersatzwohnungsangebote nicht angenommen wurden. Und Wohl gemerkt geht es hier um den 16. Bauabschnitt von Neukölln nach Treptow. Für den ihm technokraten-logisch folgenden 17. Bauabschnitt quer durch den Friedrichshain bis zur Storkower Straße würde noch mehr Wohnraum vernichtet werden. Unser Senat arbeitet schon daran, etwa durch den Bau eines Autobahntunnels unter dem Ostkreuz.

Die A100 steht für die Zunahme des Autoverkehrs. Denn soviel Senat und Konsorten von der Verlagerung und Verteilung des Verkehrs reden – niemand bestreitet, dass mehr Autobahnen mehr Autos zur Folge haben. Das heißt mehr Lärm und Gestank, mehr Gesundheits- und Klimaschäden, mehr Verkehrstote. Was Autolärm heißt, erlebe ich in meiner Wohnung, nicht zuletzt seit dem Baubeginn der A100, ganz konkret. Wenn ich mich aufs Fahrrad setze, ist meine Angst der nächste Verkehrstote zu sein, real. Nach wie vor besitzt die Mehrzahl der BerlinerInnen kein Auto. Diese Stadt braucht eine Reduzierung des Autoverkehrs, unter anderem durch Ausbau von Radwegen und einen effizienten, kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr. Stattdessen erleben wir seit Jahren steigende Fahrpreise, die längst viele nicht mehr zahlen können und auch immer wieder einen unterfinanzierten Nahverkehr mit technischen Problemen. Die Verlängerung der A100 ist verkehrspolitisch eine weitere, millionenschwere Weichenstellung in die falsche Richtung.

Diese Weichenstellung erfolgt nicht zufällig, ihre Gründe sind nicht in erster Linie Inkompetenz, Korruption oder Lobbyismus. Sie entspricht schlicht den Erfordernissen der herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Denn in unserer schlecht eingerichteten und eben kapitalistischen Gesellschaft

sind die Produktionsmittel Privateigentum einer Minderheit von Kapitalisten. Zentral ist für sie die durch Konkurrenz zur Notwendigkeit gemachte Vermehrung des Kapitals. Plump gesagt geht es um das Kunststück, aus Geld mehr Geld zu machen. Dabei stößt das Kapital an Grenzen. Grenzen der Ausbeutung und Verelendung von Menschen, Grenzen der Ausbreitung kapitalistischer Produktion auf diesem Planeten, Grenzen der Vernichtung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Soziale Konflikte und Krisen waren schon immer Teil kapitalistischer Gesellschaften und werden es bis zu ihrem Ende bleiben.

Der Staat steht nicht außerhalb dieser Mechanismen. Seine Handlungsfähigkeit ist von Steuereinnahmen abhängig, diese steigen und fallen mit dem Brummen oder Stottern kapitalistischer Produktion. Wie sehr der Staat welchen Kapitalgruppen entgegenkommt bleibt eine offene politische Frage. Die Existenz des Staats selbst ist aber schicksalhaft mit dem Fortbestehen und Funktionieren kapitalistischen Wirtschaftens verbunden.

Was heißt das konkret für Verkehrspolitik und Stadtplanung?

Die Eisenbahn war im 19. Jahrhundert das Zugpferd kapitalistischer Industrialisierung. Anfang des 20. Jahrhunderts wurde sie in dieser Funktion vom Auto abgelöst. Das war eine logische Konsequenz kapitalistischer Entwicklung. Denn der Automobilverkehr ermöglicht die Vergesellschaftung der Kosten – Straßenbau und -unterhalt, Umweltschäden, Verkehrstote – während die Profite von Autokonzernen, Zulieferern, Erdölindustrie etc. selbstverständlich privat bleiben. Gerade in Deutschland gehört die Automobilindustrie immer noch zu den größten und damit auch einflussreichsten Kapitalgruppen und wird dementsprechend von Regierungen aller Farbschattierungen hofiert.

Auch die Stadtplanung kann sich kapitalistischen Sachzwängen nicht entziehen. Der Staat ist kein Unternehmen, kann aber auch nicht beliebig in meist „unproduktive“ Bereiche wie Soziales, Umweltschutz usw. investieren. Er muss die Möglichkeit sicherstellen, aus Geld mehr Geld zu machen. Und in wirtschaftlichen Krisenzeiten ist er in dieser Funktion um so mehr gefragt. Die Planungen für den Ausbau der A100 sind nur unter diesem Gesichtspunkt verständlich: Als Investitionsprogramm für die Bauindustrie und indirekte Förderung der Autokonzerne. Wer nicht daran mitverdient, hat wenig von diesem Projekt.

Das Schicksal der A100 ist aber noch in einer weiteren Richtung eng mit dem Senat verknüpft. Denn freiwillig würde wohl kaum jemand für ein so irrwitziges und unsoziales Projekt nach Jahrzehnten Kleingarten oder Wohnung räumen oder zuschauen, wie sich Betonpiste in den eigenen Lebensraum frisst. Es braucht Bürokratie und letztlich Polizei, um den Menschen die negativen Konsequenzen

eines solchen Großprojekts aufzuzwingen. Dabei fährt die Politik eine Doppelstrategie: Einbindung durch Dialog dort, wo ihre Geschäftsgrundlagen - die Besitz- Produktions- und Machtverhältnisse - nicht in Frage gestellt werden. Repression und Kriminalisierung dort, wo eine solche Einbindung nicht möglich oder auch einfach zu aufwendig erscheint. Und es muss hier nochmal ganz deutlich gesagt werden: Die Initiative für dieses Verfahren geht nicht in erster Linie von Gericht oder Staatsanwaltschaft, sondern vom Senat aus. Denn Hausfriedensbruch kann nur bei Vorliegen eines Strafantrags verfolgt werden, und dieser kommt hier aus der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Er kann jederzeit zurückgenommen und somit das Verfahren beendet werden. Es ist also eine bewusste politische Entscheidung des Senats, die Auseinandersetzung mit einigen seiner unbequemen KritikerInnen an die Strafjustiz zu delegieren. Und ehrlich gesagt glaube ich, dass alle in diesem Raum etwas besseres zu tun haben, als das auszubaden.

Wir sind hier auf der Anklagebank also falsch und wir sind hier auch richtig. Wir sind hier falsch, weil die Justiz grundsätzlich und unabhängig von ihrem konkreten Personal die vorgeworfene Tat, die ja nur im Zusammenhang eines sozialen und ökologischen Konflikts verständlich ist, gar nicht richtig erfassen kann. Denn die Fragen die dahinter stehen: Wie wollen wir in der Stadt leben? Wie wollen wir mobil sein? Wie wollen wir Reichtum produzieren und verteilen? Werden wir auf diesem Planeten überhaupt überleben? Und wie wollen wir ihn den nächsten Generationen überlassen? - all diese drängenden Frage kann und hat die Justiz nicht zu beantworten.

Gleichzeitig sind wir hier auch richtig, denn wir sind weder die ersten noch die letzten VertreterInnen sozialer Bewegungen, die vor Gericht gezerrt werden. Das ist kein Zufall sondern liegt im Wesen des demokratischen Rechtsstaats begründet.

Zu sagen, man darf keine Menschen krank machen, man darf sie nicht vertreiben, man darf nicht ihren Wohnraum vernichten usw. ist in diesem Land erlaubt. Das sind Freiheiten, auf die ich nicht verzichten wollte. Aber zugleich ist es ein ungeheurer Zynismus. Denn wir können über all das lange, intensiv und detailverliebt diskutieren, während es hier, jetzt und mit aller Brutalität vor unseren Augen passiert. *„Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muss gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.“* Dieser Satz von Karl Marx ist weiterhin verbindlich für alle, die nicht wollen, dass die Dinge bleiben wie sie sind. Die Justiz toleriert und schützt die Kritik, solange sie sich nicht praktisch gegen die materielle Gewalt

wendet. Aber ohne diesen Schritt wird es kein Ende der Gewalt geben. Der Konflikt mit der Justiz ist nicht das Feld, in dem die gesellschaftlichen Probleme gelöst werden können. Trotzdem ist er unvermeidbar.

Die Verteidigung vor Gericht ist in dieser Situation eine erzwungene. Denn die Justiz ist eine historische Erscheinung, die schließlich mit der Klassengesellschaft, mit der Herrschaft des Menschen über den Menschen, mit jeder Form des auf Gewalt gegründeten Zusammenlebens verschwinden wird. Hier mit der Strafprozessordnung zu agieren, bedeutet nicht, ihr irgendeine Art von Legitimität zuzusprechen. Es ist eine Konsequenz aus der Tatsache, dass die Justiz gewaltsam durchgesetzt wird – durch Bullen und Justizwachtmeister, Fahndungsapparate und Knäste. Sich mit den Mitteln des Strafrechts gegen das Strafrecht zu verteidigen ist daher ebenso widersprüchlich wie unvermeidbar. Entscheidend ist, nicht dabei stehen zu bleiben.

Denn alles was Menschen gemacht haben, können und werden Menschen ändern. Ein Ende der Geschichte gibt es nicht. Wir sind an einem Punkt der historischen Entwicklung angekommen, an dem Macht und Ohnmacht, Armut und Reichtum, die Vernichtung unserer Lebensgrundlagen und die sklavische Unterwerfung unter nur vermeintliche Naturgesetze ein für allemal beseitigt werden können. Dies kann nicht über Nacht und nicht als bloßer Willensakt gestehen. Vielmehr kommt es darauf an, den Finger schonungslos in die Wunden des herrschenden Irrsinns zu legen, die bestehenden Konflikte auszutragen und auf die Spitze zu treiben, um schließlich die Ursachen von Herrschaft, Ausbeutung, Gewalt und Umweltvernichtung an der Wurzel packen zu können.

Die hier verhandelte Besetzung gegen die A100 verstehe ich als ein winziges, für sich genommen gar nicht besonders bedeutsames Steinchen in diesem Mosaik. Ich stehe zu allem, was dort passiert ist.

Nun ist es aber so, dass aufgrund bloßer Sympathie nicht rechtskonform verurteilt werden kann. Unsere juristische Schuld ist allerdings äußerst zweifelhaft. Für den heutigen Sitzungstag haben wir zunächst Beweisanträge zu zwei Komplexen vorbereitet, die einer Verurteilung im Wege stehn: Einmal die Praxis der wiederholten rechtswidrigen Baumfällungs- und Räumungsversuche in Zusammenhang mit der Besetzung und zweitens die völlig irrigen Vorstellungen des Senators für Stadtentwicklung über den Inhalt des Strafbefehls, der angeblich in seinem Namen erging.